

Vorschläge zur Bekämpfung des Kriegswuchers.

Das Ernährungsamt setzte vorgestern die Beratung über die Bekämpfung des Kriegswuchers fort. Frau Helene Granitsch erstattete das Referat und erklärte, daß nur die strengste staatliche Bewirtschaftung uns es ermöglichen werde, durchzuhalten, daher es absolute Notwendigkeit sei, dieses System aufrechtzuerhalten. Auch der allgemeine Arbeitsausschuß des Ernährungsrates sprach sich für die strengste Bestrafung alles Schleichhandels und Kriegswuchers aus. In Oesterreich sei heute angesichts des katastrophalen Rückganges der offiziellen Kopfquoten auf allen staatlich bewirtschafteten Lebensmittelgebieten die gesamte Bevölkerung auf den Schleichhandel angewiesen, da kein Mensch von den ihm von der Regierung zugewiesenen Nahrungsmengen sein Dasein fristen kann. Ferner erstattete die Referentin eine Reihe von Vorschlägen zur Bekämpfung des Luxus und forderte die Ausgestaltung des Kriegswucheramtes sowie des freiwilligen Ernährungsdienstes. Endlich trat sie für die Einführung der zwangsweisen Gemeinschaftsküchen für die städtische Bevölkerung ein. Dann sprachen Hofrat Fries, der Abgeordnete Muchitsch sowie Gräfin Walterskirchen.